

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der FLU zum Haushalt 2024/2025; Sitzung des Rates der Kreisstadt Unna am 29.02.2024

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

es ist nicht einfach, als sechster Redner zum Thema Haushalt 2024/25 zu sprechen. Vieles ist bereits gesagt, aber noch nicht von mir.

Ich will meine Ausführungen heute mal sehr kurz halten und ungewohnt mit einem Lob beginnen. Ich danke dem Kämmerer und seinem Team für einen Haushaltsentwurf, der auf 372 Seiten versucht, das Unmögliche möglich zu machen. Das redliche Bemühen ist erkennbar und es gehört schon eine Menge Kreativität dazu, unter den gegebenen Rahmenbedingungen einen Haushalt vorzulegen, der die Chance hat, vielleicht genehmigungsfähig zu sein. Dennoch, zaubern kann auch der Kämmerer noch nicht und aus einem Ackergaul kann man auch kein Rennpferd machen.

So bleibt der vorgelegte Entwurf ein Versuch, der zumindest uns nicht überzeugen kann. Als unser jetziger Bürgermeister die Amtsgeschäfte in Unna übernommen hat, wurde für das Haushaltsjahr 2021 nach Jahren erstmals wieder ein jährlicher Haushalt vorgelegt. Wir rückten von bis dahin üblichen Doppelhaushalten ab, da in diesen unsicheren und finanziell unübersichtlichen Zeiten eine seriöse Planung über einen Zeitraum von zwei Jahren nicht möglich erschien. Nun, die Zeiten sind diesbezüglich sicher nicht besser geworden. Trotzdem plant man jetzt wieder einen Doppelhaushalt und bemüht zur Begründung dafür exakt dieselben Argumente, die zuvor für die jährliche Planung angeführt wurden. Man erspart sich damit eine erneute Planung zum Anfang des Jahres 2025 unter dann möglicherweise noch schlechteren Bedingungen. 2025 ist Kommunalwahljahr in NRW. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Der Ende 2025 neu gebildete Rat wird sich dann als eine seiner ersten Amtshandlungen mit den Ergebnissen der jetzt vorgelegten Zukunftswette auseinandersetzen müssen.

Ich will jetzt hier keine Zahlen wiederholen oder komplizierte Rechnungen anstellen. Rechnerisch ist der Entwurf völlig korrekt. Die Ergebnisse basieren letztendlich aber maßgeblich auf dem Prinzip Hoffnung, aus bislang nicht näher erläuterten globalen Einsparungen in Höhe von jährlich 4,5 Mio. Euro und auf einer weiteren erheblichen Belastung des örtlichen Gewerbes, die auf eine bereits

äußerst optimistische Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Stadt aufsattelt.

Unna liegt mit einem Hebesatz von 481 Prozent bei der Gewerbesteuer bereits über dem Durchschnitt in der IHK-Region (474). Mit den geplanten 595 Prozent würde Unna zu den bundesweiten Spitzenreitern zählen und könnte im Wettbewerb der Standorte noch weiter zurückfallen.

Eine stärkere Belastung durch die Gewerbesteuer relativieren der Bürgermeister und der Stadtkämmerer auch mit dem Verweis auf Entlastungen der Wirtschaft durch die Grundsteuerreform und geplante Gesetze auf Bundesebene. Diese sind jedoch noch nicht final umgesetzt und wer die Arbeitsweise der Ampelkoalition kennt, wird definitive Zusagen immer mit Vorsicht genießen. In der gegenwärtigen Lage über eine Anhebung der Gewerbesteuer zu diskutieren, ist ein falsches Signal und schafft zusätzliche Verunsicherung.

Wenn der Kämmerer verspricht, im bereits auf Kante genähten Haushalt zusätzlich pro Jahr noch eine sogenannte globale Minderausgabe in Höhe von jeweils 4,5 Mio. Euro darstellen zu wollen, so ist das, wenn überhaupt, nur mit äußerster buchhalterischer Kreativität möglich.

Wir werden auch in Zukunft nicht weiter an der Steuerschraube drehen können, denn auch der Hebesatz der Grundsteuer B befindet sich in unserer Stadt bereits auf Rekordniveau.

Mir ist bewusst, dass das Sparpotenzial im Bereich der sogenannten freiwilligen Leistungen, die eh nur einen geringen Teil unserer Ausgaben ausmachen, bereits nahezu ausgeschöpft ist.

Wir werden in den nächsten Jahren gewünschte Projekte im Hinblick auf die Finanzlage bescheidener planen müssen. Auch die Standards von Pflichtaufgaben werden wir gemeinsam, über Fraktionsgrenzen hinweg, kritisch hinterfragen müssen. Nur hier lassen sich möglicherweise noch nennenswerte Summen einsparen. Dies gilt auch im Hinblick auf eine noch stärker zu forcierender interkommunaler Zusammenarbeit.

Die bislang in nahezu allen Fällen allzu trügerische Hoffnung auf nennenswerte Hilfen aus Bund und Land wird auch in Zukunft keine Entlastung bringen. Auch dort steht man auf absehbare Zeit vor übergroßen finanziellen Herausforderungen.

Meine Damen und Herren, natürlich muss es irgendwie weiter gehen und auch ich könnte jetzt hier keine zielführende sichere Alternative vorlegen. Das ist auch der Grund, weshalb wir dem letzten Haushalt mit Bedenken zugestimmt haben. Wir möchten uns aber in Zukunft die Option einer kritischen Begleitung der städtischen Finanzverwaltung offenhalten. Wir werden den Haushalt ablehnen, damit man uns später nicht vorhalten kann, dass wir der Planung zugestimmt haben.

Ich danke Ihnen!